

Konferenz an der Andrásy Universität

Perspektiven der Erinnerungskultur in Europa

Am Donnerstag vergangener Woche fand an der Andrásy Universität Budapest erneut eine Fachkonferenz in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Der Schwerpunkt der Debatte lag bei der Aufarbeitung beider deutscher Diktaturen sowie deren Vergleich zu Ungarn und der europäischen Dimension. Zur Begrüßung sprach unter anderem Professor Manfred Wilke, Professor für Soziologie in Berlin.

Im Mittelpunkt der Diskussion stehen bisher die Auseinandersetzung mit den Tätern und Opfern der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktaturen. Dabei sind zwei wichtige Faktoren vernachlässigt worden: Erstens der europäische Spielraum der Erinnerung der Vergangenheit, zweitens die durch die Erfahrung der Diktatur geprägte Mehrheit der Gesellschaft. Die Tagung hatte es sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zu diesen Themen zu leisten und einen Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und ungarischen Verantwortlichen zu ermöglichen. Als Vortragende waren Vertreter von Organisationen wie der Stiftung Eitersberg, das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultur oder der Gedenkstätte Berliner Mauer von der deutschen- und der Direktor der Sammlung Holocaust- Gedenkstätte Budapest von ungarischer Seite geladen.

Asymmetrie und Spaltung

Die zwei wichtigsten Ziele seien die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte sowie die Förderung der Integration, ist sich Hendrik Hansen, Professor für Politikwissen-

schaften an der Andrásy Universität, sicher. Im ersten Panel sprachen die Experten über den Vergleich des Stellenwerts von Nationalsozialismus und Kommunismus in der deutschen und ungarischen Erinnerungskultur. Nach der zweifachen Diktaturerfahrung seien besonders Deutschland, aber auch andere Länder Europas verpflichtet, ein gemeinsames, fruchtbares Europa zu erschaffen, so Hans Joachim Veen (Vorstandsvorsitzender der Stiftung Eitersberg). Dazu müssten aber erst die schmerzhaften Ereignisse der Vergangenheit aufgearbeitet werden. Zwar gibt es viele, gut ausgearbeitete, vom Staat finanzierte Projekte für Gedenkstätten und andere Institutionen. Wenn es um die Erinnerung beider Diktaturen geht, sei der größte Unterschied jedoch die Asymmetrie. Das NS-Regime unterwarf ganze Deutschland und Europa, die kommunistische Diktatur aber dagegen betraf hingegen nur fünf Bundesländer. Aus diesem Grund herrsche in verschiedenen Teilen Deutschlands ein sehr kontroverses Bild und das kommunistische System wird sogar mit Attributen wie fürsorgliche beziehungsweise Kümmererdiktatur abgeschwächt, äußert sich Veen. An dieser Spal-



Das Thema Erinnerungskultur ist aktueller denn je und wurde von Experten beleuchtet.

tung liegt es wohl auch, dass der Bearbeitungsprozess nach dem Zusammenbruch der Diktaturen unterschiedlich war: Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es einen starken Eingriff von Seiten der Großmächte, die Wende und Wiedervereinigung habe aber Deutschland selbst geregelt.

Kampf der Ideologien

Bei beiden diktatorischen Systemen sind die Hintergrundgedanken entscheidend. Wie Hendrik Hansen erklärt, sollte man als ersten Schritt

die Grundwerke und dabei die ideologischen Hintergründe beziehungsweise die argumentativen Strukturen analysieren, weil nur so ein Vergleich möglich sei. Anhand dieser könne man Kritikpunkte ansprechen und auch die Anziehungskraft der Diktaturen besser verstehen.

Ein ebenso wichtiger Punkt in der Debatte bildete die Täter-Opfer-Problematik, die im Mittelpunkt des Vortrages von Krisztián Ungváry stand. Anhand von Beispielen der Gedenkstätte Terrorhaus in Budapest schilderte er, dass es in diesem Bereich viele Fehldeutungen gibt,

und man erfahre von der doppelten Verfolgung der Betroffenen im Haus selbst nichts. „Das Haus missbraucht die Symbole und die Präsentation ist nicht unbedingt glücklich.“ Damit meint er die moderne Ausstellungsweise, die einerseits positive aber an manchen Stellen auch falsche Wirkungen bei den Besuchern erreiche. So wurde das Museum in einigen Aussagen nicht auf dem aktuellen Stand der Forschung sein.

Lesen Sie unten ein Interview mit dem Leiter der Stasi-Behörde Deutschland, Roland Jahn.

Andi HULSCH

Interview mit Roland Jahn

Weg vom Täter-Opfer-Denken

Im Rahmen der Konferenz zur Erinnerungskultur sprach auch der Leiter der Behörde für Stasi-Unterlagen, Roland Jahn. Die BUDAPESTER ZEITUNG sprach mit ihm über die Bedeutung der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit und Deutschlands Vorreiterrolle in Sachen Erinnerungskultur.

BZ: Herr Jahn, Ihr Vorgänger ist mittlerweile Bundespräsident, sein Wirken in der Behörde hat diese auch in den öffentlichen Wahrnehmung geprägt. Wie war es für Sie, diese zu übernehmen?

RJ: Es war ein sehr gutes Gefühl, diese Funktion übertragen zu bekommen. Für mich ist das eine große Herausforderung und gleichzeitig eine Gelegenheit, in einer verantwortungsvollen Position, die Aufklärung über die Wirkungsweise der Stasi und das Funktionieren der SED-Diktatur voranzutreiben.

BZ: Wann begann Ihre gemeinsame Geschichte mit der Behörde?

RJ: Ich war von Anfang an als Journalist dabei: Erst beim Sturm auf die Stasi-Zentrale in Berlin, später habe ich auch die Auflösung der Stasi und die Gründung der Stasi-Unterlagen Behörde begleitet. Ich habe viele Filme zum Thema gemacht. Ich denke, meine neue Funktion ist die Fortsetzung bisheriger Arbeit, Aufklärung über die Stasi.

BZ: Welche Bedeutung messen Sie dem Thema der Aufarbeitung der Vergangenheit eines Landes heute bei?

RJ: Aufklärung ist eine Säule der Demokratie. Dazu gehört eben auch die Aufarbeitung dessen, was in Zeiten der kommunistischen Diktatur geschehen ist, wie sie funktioniert hat. Die Akten von damals können dabei helfen, im Detail zu erfahren, was damals geschehen ist, wie in Biografien eingegriffen



Laut Roland Jahn hat Ungarn noch einen weiten Weg bei der Aufarbeitung der eigenen Geschichte vor sich.

wurde und wer dafür verantwortlich war.

BZ: Wie sehen Sie Deutschlands Rolle im Bereich der Aufarbeitung international?

RJ: Deutschland hat ohne Zweifel eine Vorbildwirkung. Die Stasi-Unterlagen Behörde hat bisher die umfassendste Aufarbeitung aller ehemaligen Ostblock-Staaten geleistet. Gerade in der vergangenen Zeit hat dies eine unheimlich starke Symbolkraft für andere Länder entwickelt, insbesondere für die Staaten des Arabischen Frühlings. Viele Delegationen aus arabischen Ländern kommen derzeit zu uns, um zu erfahren, wie wir die Akten gesichert haben und wie wir sie nutzen. Die osteuropäischen Institutionen, die Geheimakten verwalten, arbeiten natürlich auch als Netzwerk zusammen. Vorrangig

geht es um einen Erfahrungsaustausch darüber, wie jedes Land seine Arbeit organisiert, um positive und negative Erfahrungen. Aber es geht auch – und das ist ein enorm wichtiger Punkt – um die gegenseitige Unterstützung der Institutionen.

BZ: Worin sehen Sie die vorrangige Aufgabe einer Gedenkstätte wie dem Terrorhaus in Budapest?

RJ: In jedem Land gibt es unterschiedliche Konzeptionen für Gedenkstätten, und es gibt auch kein vorgeschriebenes Geschichtsbild. In Gedenkstätten geht es immer darum, ein Angebot für die Bürger zu schaffen und ihnen so die Möglichkeit zu bieten, sich eine eigene Vorstellung von der Vergangenheit zu machen.

BZ: Wie ist es um das Thema der geschichtlichen Aufarbeitung in Ungarn bestellt?

RJ: Ungarn ist in Sachen Aufarbeitung noch nicht so weit wie Deutschland. Die ungarischen Kollegen würden sich auch einiges mehr an Unterstützung seitens des Staates wünschen, da gibt es noch viel zu tun. Forschung ist essentiell für unsere Arbeit. In diesem Bereich kann allerdings in allen Ländern noch sehr viel getan werden. Wir als Behörden müssen über das Wirken der Diktaturen informieren. Die Forschung geht heute weg vom Täter-Opfer-Denken und mehr der Frage nach, wie die Diktaturen innerhalb der Gesellschaft verankert waren.

BZ: Inwiefern?

RJ: Die Frage des Mitläufertums und der Anpasserei war bisher nicht wirklich Schwerpunkt der Forschung. Wir müssen weg vom Schulbladen-Denken. Vielmehr gilt es zu erkunden, wie das System der Angst funktioniert hat. Es waren nicht nur die Offiziere der Geheimpolizei, die Leben zerstört haben. Auch ein Lehrer beispielsweise, der für die Suspendierung eines kritischen Schülers gesorgt hat und damit in seinen weiteren Lebensweg eingegriffen hat, war Teil des Systems.

BZ: Wie sieht Ungarn seiner Vergangenheit gegenüber?

RJ: Auch in Ungarn ist noch viel zu tun. Dabei beginnt alles mit dem Bekenntnis des Einzelnen zu seiner Biografie und damit einhergehend mit dem Übernehmen der individuellen Verantwortung und dem Eingestehen „Ich habe an Unrecht teilgenommen“. Der nächste Schritt wäre dann die Einsicht „Ich hätte es anders machen können“. Dieser Schritt fehlt noch, aber für die Opfer und diejenigen, die bereits die Last der Verantwortung tragen, ist er entscheidend.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
ELISABETH KATALIN GRABOW